

**Studien- und Prüfungsordnung
für den Master-Studiengang
„European Studies“
an der Universität Passau**

Vom 11. Juli 2007

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 43 Abs. 5 Satz 5, Art. 58 Abs. 1 Satz 1, Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Passau folgende Satzung:

I. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck der Prüfung

¹Die Masterprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des wissenschaftlichen Master-Studiengangs „European Studies“. ²In ihr sollen die Studierenden nachweisen, dass sie sich in einer Anzahl von Fachgebieten und Arbeitsfeldern, organisiert in zwei Modulgruppen, vertiefte Kenntnisse sowie methodische und praktische Fertigkeiten im Feld der "European Studies" erworben haben.

§ 2 Mastergrad

Nach bestandener Masterprüfung wird der akademische Grad „Master of Arts (M.A.)“ verliehen.

§ 3 Qualifikation

(1) Die Qualifikation für den Masterstudiengang besitzt, wer nachweist, dass er oder sie

1. bei einem ersten Studienabschluss (Bachelor, Magister, Diplom, Staatsexamen) an einer Hochschule des In- oder Auslands auf der Grundlage eines mindestens dreijährigen Studiums in einem gesellschafts-, kultur- oder wirtschaftswissenschaftlichen Fach zum besten Drittel der Absolventen und Absolventinnen im jeweiligen Prüfungstermin gehört oder mit mindestens der Gesamtnote „gut“ (2,5) abgeschlossen hat,
2. die Eignung für den Studiengang nach Maßgabe der Anlage zu dieser Studien- und Prüfungsordnung besitzt und
3. Sprachkenntnisse in einer der in § 37 genannten Fremdsprachen auf dem Niveau UNICERT III oder Stufe C1 des Europäischen Referenzrahmens beziehungsweise vergleichbare Stufen anderer Zertifizierungssysteme nachweisen kann.

(2) ¹Die Entscheidung über die Qualifikation trifft die Prüfungskommission (§ 7).
²Ablehnende Entscheidungen sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 4 Dauer und Gliederung des Master-Studiums

(1) Die Studienzeit beträgt einschließlich der Prüfungszeit vier Semester (Regelstudienzeit).

(2) Das Lehrangebot ist in Module untergliedert, denen Leistungspunkte zugeordnet sind.

(3) Die Studien- und Prüfungsleistungen sind studienbegleitend, d.h. mit Abschluss der jeweiligen Module zu erbringen.

(4) Der Höchstumfang der Lehrveranstaltungen beträgt 34 Semesterwochenstunden, die etwa 100 Leistungspunkten entsprechen.

§ 5

Studien- und Prüfungsgebiete

(1) ¹Der Studiengang setzt sich aus den in Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 aufgezählten drei Modulgruppen zusammen, die im Modulkatalog erläutert werden, sowie der Masterarbeit nach § 14. ²Der Modulkatalog wird von der Prüfungskommission verabschiedet. ³Bei Änderungen im Modulkatalog ist der Vertrauensschutz der Studierenden zu gewährleisten. ⁴Die zeitliche Abfolge der einzelnen Modulprüfungen ist in der Regel nicht festgelegt.

(2) Die Modulgruppen setzen sich wie folgt zusammen:

1. Modulgruppe A: Grundlagenmodul

¹Das Grundlagenmodul verbindet Lehrinhalte und Methoden verschiedener Disziplinen und liefert das verbindende Rüstzeug zur Vertiefung und selbst gewählten Schwerpunktsetzung im Bereich der kulturwissenschaftlich orientierten European Studies. ²Rahmenthemen des Grundlagenmoduls sind die Interkulturelle Kommunikation sowie der Kulturvergleich.

³Das Grundlagenmodul ist vollständig zu absolvieren.

2. Modulgruppe B: Europäische Module

¹Die Europäischen Module vermitteln den Studierenden sowohl im Bereich einer ausgewählten europäischen Kultur wie im Bereich der europäischen Geschichte, Gesellschaft, Politik, regionalen Geographie und Kunstgeschichte vertieftes Wissen.

²Die Modulgruppe B besteht aus der Fächergruppe I „Kulturwissenschaften“ mit den Prüfungsmodulen „Anglistik“, „Frankoromanistik“, „Hispanistik“, „Italianistik“, „Ostmitteleuropastudien (Literatur und Kultur)“ und der Fächergruppe II „Historisch-soziale und geographische Fächer“ mit den Prüfungsmodulen „Geschichte“, „Soziologie“, „Politikwissenschaft“, „Geographie“, „Kunstgeschichte“, „Ostmitteleuropastudien (Geschichte)“.

³Aus dem Bereich der Europäischen Module sind drei Prüfungsmodule erfolgreich zu absolvieren. ⁴Es ist möglich, alle drei Prüfungsmodule aus einer der beiden Fächergruppen zu wählen.

3. Modulgruppe C: Profilmodule

¹In den Profilmodulen erhalten die Studierenden die Möglichkeit, neben den festgelegten Studieninhalten und den dort vermittelten Kenntnissen und Fähigkeiten in den European Studies eine persönliche Profilierung gemäß ihren Neigungen und Fähigkeiten vorzunehmen. ²Insbesondere dienen die Profilmodule dazu, die Integration der Absolventen und

Absolventinnen auf dem international vernetzten Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler mit (inter-) kulturellen Kompetenzen zu erleichtern.

³Die Modulgruppe C besteht aus den Prüfungsmodulen „Fremdsprachen“, „Medien in Europa“, „Vertiefung von Kenntnissen in Betriebswirtschaftslehre“ und „Vertiefung von Kenntnissen in Informatik“.

⁴Aus dem Bereich der Profilmodule ist ein Prüfungsmodul erfolgreich zu absolvieren.

§ 6

Prüfungen und Prüfungsfristen

(1) ¹Die Prüfungsleistungen in den einzelnen Modulen werden studienbegleitend während oder am Ende des Semesters, in dem die jeweilige Lehrveranstaltung besucht wird, in schriftlicher und/oder mündlicher Form erbracht. ²Zu Beginn des Studiums wird für jeden Kandidaten und jede Kandidatin von der Prüfungskommission ein Leistungspunktekonto eingerichtet.

³Auf Anfrage erhält der oder die Studierende Auskunft über den Stand der Leistungspunkte.

⁴Die Module in den Modulgruppen schließen mit den Teilprüfungen zur Erlangung des M.A.-Grades ab.

⁵Sämtliche für das Bestehen der Prüfung nach § 16 Abs. 1 notwendigen Prüfungsleistungen sollen bis zum Ende des vierten Semesters erworben werden. ⁶Hat ein Studierender oder eine Studierende aus Gründen, die er oder sie zu vertreten hat, sämtliche für das Bestehen der Prüfung nach § 16 Abs. 1 notwendigen Prüfungsleistungen nicht bis spätestens zum Ende des sechsten Semesters erworben, gelten die bis dahin noch nicht erbrachten Prüfungsleistungen als erstmals nicht bestanden. ⁷Sind die Gründe für die Nichteinhaltung der Frist nach Satz 6 von dem oder der Studierenden nicht zu vertreten, so gewährt der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission auf schriftlichen Antrag eine Nachfrist. ⁸Der Antrag muss unverzüglich nach Eintreten dieser Gründe gestellt werden.

⁹Der oder die Studierende hat bis zum Ende des zweiten Semesters mindestens 15 Leistungspunkte erfolgreich zu erbringen (Grundlagen- und Orientierungsprüfung gemäß Art. 61 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 BayHSchG). ¹⁰Andernfalls ist er oder sie unter Verlust des Prüfungsanspruchs zu exmatrikulieren. ¹¹Ist die Versäumnis der Frist nach Satz 1 von dem oder der Studierenden nicht zu vertreten, gewährt der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission eine angemessene Nachfrist.

(2) ¹Der Erwerb der Leistungspunkte in den einzelnen Modulen erfolgt durch die erfolgreiche Teilnahme an den entsprechenden Lehrveranstaltungen, für die gleichzeitig Noten nach § 15 vergeben werden. ²Die Prüfungsleistungen der einzelnen Module bestehen entweder aus einer Klausur mit einer Bearbeitungszeit von mindestens 40 und höchstens 180 Minuten oder aus einer Hausarbeit mit einer Bearbeitungszeit von höchstens sechs Wochen oder einem Protokoll beziehungsweise einem Bericht oder einer etwa zehnminütigen mündlichen Prüfung.

³Nähere Angaben zur Prüfungsart und der Prüfungsdauer der einzelnen Prüfungsleistungen enthält der Modulkatalog. ⁴Auf die Hausarbeit nach Satz 2 finden § 14 Abs. 6 und Abs. 7 Satz 2 entsprechend Anwendung.

(3) ¹Bei der Berechnung von Fristen nach dieser Studien- und Prüfungsordnung finden die Schutzbestimmungen der §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes entsprechend Anwendung. ²Das Gleiche gilt für die Fristen des Gesetzes zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit (Bundserziehungsgeldgesetz – BErzGG, für Geburten bis zum 31.12.2006) sowie des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG,

für Geburten ab dem 01.01.2007) in der jeweils geltenden Fassung im Hinblick auf die Regelungen zur Elternzeit.

§ 7 Prüfungskommission

(1) ¹Für die Organisation und Durchführung der Prüfungsleistungen wird eine Prüfungskommission eingesetzt. ²Das Zentrale Prüfungssekretariat unterstützt die Prüfungskommission bei der organisatorischen und verwaltungsmäßigen Abwicklung der Prüfung.

(2) ¹Die Prüfungskommission besteht aus fünf prüfungsberechtigten Mitgliedern der Universität Passau, von denen mindestens drei Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen sein müssen. ²Der oder die Vorsitzende und der Stellvertreter oder die Stellvertreterin werden vom Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät gewählt. ³Jeweils ein Mitglied wird auf Vorschlag der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, der Fakultät für Informatik und Mathematik und des Sprachenzentrums vom Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät bestellt.

(3) ¹Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. ²Eine Wiederbestellung ist möglich.

(4) ¹Der Prüfungskommission obliegt die Durchführung des Prüfungsverfahrens, soweit diese Prüfungsordnung dem oder der Vorsitzenden nicht bestimmte Aufgaben und Befugnisse zuweist. ²Die Prüfungskommission achtet darauf, dass die Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnung eingehalten werden. ³Sie berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt gegebenenfalls Anregungen zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung.

(5) ¹Die Prüfungskommission ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. ²Sie beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. ³Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. ⁴Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des oder der Vorsitzenden den Ausschlag.

(6) ¹Der oder die Vorsitzende beruft die Sitzungen der Prüfungskommission ein. ²Er oder sie ist befugt, anstelle der Prüfungskommission unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen und hat hiervon der Prüfungskommission unverzüglich Kenntnis zu geben. ³Darüber hinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, die Prüfungskommission dem oder der Vorsitzenden die Erledigung von einzelnen Aufgaben widerruflich übertragen.

(7) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die eine Person in ihren Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Dem Kandidaten oder der Kandidatin ist vor ablehnenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. ³Gegen nachteilige Bescheide steht der Rechtsbehelf des Widerspruchs zur Verfügung; er ist an den Präsidenten oder die Präsidentin der Universität zu richten. ⁴Dieser oder diese erlässt den Widerspruchsbescheid aufgrund der Entscheidung der Prüfungskommission.

§ 8 Prüfer, Prüferinnen

(1) ¹Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission bestellt zu Beginn jedes Semesters die Prüfer und Prüferinnen. ²In der Modulgruppe C erfolgt die Bestellung der Prüfer und Prüferinnen im Benehmen mit den Dekanen oder Dekaninnen der betroffenen Fakultäten beziehungsweise dem Leiter oder der Leiterin des Sprachenzentrums.

(2) Zum Prüfer oder zur Prüferin können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz sowie nach der Hochschulprüferverordnung in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Hochschulprüfungen Befugten bestellt werden.

(3) ¹Die Bestellung zu Prüfern und Prüferinnen wird in geeigneter Form bekannt gegeben. ²Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel des Prüfers oder der Prüferin ist zulässig. ³Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus der Hochschule aus, bleibt dessen Prüfungsberechtigung bis zu zwei Jahren erhalten.

§ 9 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung in der Prüfungskommission sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG in Verbindung mit Art. 20 und 21 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG).

(2) Die Pflicht der Mitglieder der Prüfungskommission, der Prüfer und Prüferinnen, der Prüfungsbeisitzer und –beisitzerinnen und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchG.

§ 10 Zulassung

(1) ¹Die Anmeldung zum ersten Prüfungsmodul einer Modulgruppe gilt gleichzeitig als Antrag auf Zulassung zur Masterprüfung in dieser Modulgruppe. ²Sie ist schriftlich oder in elektronischer Form bei dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission vorzunehmen.

(2) Voraussetzungen für die Zulassung sind:

1. die Immatrikulation im Master-Studiengang European Studies an der Universität Passau;
2. der Bewerber oder die Bewerberin darf diese oder eine gleichartige Prüfung an der Universität Passau oder einer anderen Hochschule nicht bereits endgültig nicht bestanden haben oder unter Verlust des Prüfungsanspruchs im gleichen oder in einem gleichartigen Studiengang exmatrikuliert worden sein.

(3) Die Entscheidung über die Zulassung trifft der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission.

(4) Die Zulassung wird versagt, wenn der Kandidat oder die Kandidatin nicht alle der in Abs. 2 aufgezählten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt.

§ 11

Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Der Nachweis von in dieser Ordnung vorgesehenen Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen wird in der Regel auch durch entsprechende Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer entsprechenden Fernstudieneinheit oder durch die Teilnahme an Lehrangeboten der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht, es sei denn, dass diese nicht gleichwertig sind.

(2) ¹Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer ausländischen Hochschule erbracht wurden, werden in der Regel anerkannt, außer sie sind nicht gleichwertig. ²Für die Feststellung der Gleichwertigkeit von Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. ³Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachvertreter oder der zuständigen Fachvertreterin. ⁴Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit kann die Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen gehört werden.

(3) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen von Bewerbern und Bewerberinnen, die ein Studium an Fachakademien für Fremdsprachenberufe mit mindestens der Note „gut“ bestanden haben und die Hochschulzugangsberechtigung besitzen, werden angerechnet, soweit ein fachlich gleichwertiges Studium vorliegt.

(4) Anstelle der im II. Abschnitt vorgeschriebenen Prüfungsleistungen können in begründeten Ausnahmefällen, insbesondere in der Modulgruppe C, auf Antrag andere Prüfungsleistungen, die nicht im Rahmen eines eigenständigen Studiengangs abgelegt wurden, angerechnet werden, soweit Gleichwertigkeit vorliegt.

(5) ¹Ein Antrag auf Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungsleistungen ist schriftlich unter Beifügung der entsprechenden Unterlagen an das Zentrale Prüfungssekretariat zu richten. ²Der Antrag ist spätestens bei der Meldung nach § 10 Abs. 1 Satz 1 zu stellen. ³Die Entscheidung trifft der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission im Einvernehmen mit den zuständigen Fachvertretern oder Fachvertreterinnen.

(6) ¹Werden Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ²Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. ³Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

§ 12

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Prüfungsmängel

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der oder die Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er oder sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt.

(2) ¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Bei Krankheit des Kandidaten oder der Kandidatin ist ein ärztliches Attest vorzulegen, das grundsätzlich auf einer Untersuchung beruhen muss, die vor dem Tag oder am Tag der geltend gemachten Prüfungsunfähigkeit erfolgt ist. ³Der notwendige Inhalt eines solchen Attestes wird von dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission durch Aushang bekannt gegeben. ⁴In begründeten Zweifelsfällen kann der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission zusätzlich ein amtsärztliches Attest verlangen. ⁵Werden die Gründe anerkannt, sind die ausstehenden Prüfungsleistungen zum nächstmöglichen Termin zu erbringen. ⁶Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) ¹Versucht der Kandidat oder die Kandidatin, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. ²Ein Kandidat oder eine Kandidatin, der oder die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder der jeweiligen Prüferin oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(4) Die Entscheidung, ob der Kandidat oder die Kandidatin von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen wird, trifft der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission.

(5) ¹Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines Kandidaten oder einer Kandidatin oder von Amts wegen anzuordnen, dass von bestimmten oder von allen Kandidaten und Kandidatinnen die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden. ²Die Entscheidung über die Mängelrüge und ihre Konsequenzen fällt die Prüfungskommission.

(6) Mängel des Prüfungsverfahrens oder eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit müssen unverzüglich bei dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission oder beim Prüfer oder der Prüferin geltend gemacht werden.

(7) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 5 nicht mehr getroffen werden.

§ 13

Durchführung der Prüfungen

(1) ¹Prüfungsgegenstand der einzelnen studienbegleitenden Teilprüfungen ist jeweils der Inhalt der zugehörigen Lehrveranstaltung. ²Die zulässigen Hilfsmittel werden von den jeweiligen Prüfern und Prüferinnen festgelegt.

(2) ¹Für die jeweilige Prüfungsleistung wird vom Prüfer oder von der Prüferin eine Note nach § 15 Abs. 1 festgelegt. ²Lautet die Note mindestens „ausreichend“ (4,0), ist die entsprechende Prüfungsleistung erfolgreich erbracht, und der Kandidat oder die Kandidatin erhält die dafür nach §§ 24 bis 40 vorgesehenen Leistungspunkte auf dem Leistungspunktekonto gutgeschrieben. ³Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission teilt den Kandidaten und Kandidatinnen das Prüfungsergebnis im Anschluss an die Notenfestsetzung mit.

(3) ¹Die Bewertung schriftlicher Prüfungsleistungen ist schriftlich zu begründen. ²Mündliche Prüfungen sind in ihrem wesentlichen Verlauf zu dokumentieren und ihre Bewertung zu begründen.

§ 14 Masterarbeit

(1) ¹In einem der Module der Modulgruppe B ist eine Masterarbeit zu fertigen. ²In der Masterarbeit soll der Kandidat oder die Kandidatin zeigen, dass er oder sie zu wissenschaftlichem Arbeiten in der Lage ist und wissenschaftliche Methoden selbstständig auf eine begrenzte Themenstellung anwenden kann.

(2) Zur Masterarbeit kann zugelassen werden, wer die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 10 erfüllt und mindestens 60 Leistungspunkte im Masterstudiengang erworben hat.

(3) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Masterarbeit ist schriftlich bei dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission einzureichen. ²Im Übrigen richtet sich das Zulassungsverfahren nach § 10.

(4) Die Masterarbeit kann mit Zustimmung der Prüfungskommission an einer ausländischen europäischen Partnerhochschule der Universität Passau gefertigt und von dieser bewertet werden. § 11 Abs. 2 und 6 finden entsprechend Anwendung.

(5) ¹Die Zulassung zur Masterarbeit und der oder die mit der Themenstellung und Betreuung beauftragte Prüfer oder Prüferin werden dem Kandidaten oder der Kandidatin von der Prüfungskommission schriftlich mitgeteilt. ²Das Thema der Masterarbeit wird vom Prüfer oder von der Prüferin nach Vorlage dieser Mitteilung an den Prüfungskandidaten oder die Prüfungskandidatin ausgegeben. ³Der Ausgabetag ist aktenkundig zu machen.

(6) ¹Die Zeit von der Themenstellung bis zur Ablieferung der Masterarbeit darf sechs Wochen nicht überschreiten. ²Das Thema der Arbeit muss so beschaffen sein, dass es innerhalb dieser Frist bearbeitet werden kann. ³In begründeten Ausnahmefällen kann auf Antrag des Kandidaten oder der Kandidatin der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission nach Anhörung des Betreuers oder der Betreuerin die Abgabefrist um höchstens zwei Wochen verlängern. ⁴Weist der Kandidat oder die Kandidatin durch ärztliches Zeugnis nach, dass er oder sie durch Krankheit an der Bearbeitung verhindert ist, ruht die Bearbeitungsfrist. ⁵Wird die Arbeit nicht fristgerecht abgegeben, so wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(7) ¹Die Masterarbeit ist in deutscher Sprache oder in einer der in der Modulgruppe B wählbaren Sprachen (vgl. § 37) abzufassen. ²Sie enthält am Ende eine Erklärung des Verfassers oder der Verfasserin, dass er oder sie die Arbeit selbst verfasst und keine anderen als die angege-

benen Quellen und Hilfsmittel benutzt und die Arbeit nicht bereits an einer anderen Hochschule zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht hat.

(8) ¹Die Masterarbeit soll in der Regel ca. 40 Seiten nicht überschreiten. ²Die Arbeit ist in drei Exemplaren fristgemäß bei dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission einzureichen. ³Der Abgabetermin ist aktenkundig zu machen.

(9) ¹Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission reicht die Arbeit an den beauftragten Gutachter oder die beauftragte Gutachterin weiter und bestimmt einen weiteren Gutachter oder eine weitere Gutachterin aus dem Kreis der Prüfer und Prüferinnen nach § 8. ²Von der Bewertung durch einen zweiten Gutachter oder eine zweite Gutachterin kann abgesehen werden, wenn kein zweiter prüfungsberechtigter Fachvertreter oder keine zweite prüfungsberechtigte Fachvertreterin zur Verfügung steht oder die Bestellung eines zweiten Gutachters oder einer zweiten Gutachterin den Ablauf der Prüfung in unvertretbarer Weise verzögern würde. ³Über die Bestellung eines zweiten Gutachters oder einer zweiten Gutachterin entscheidet der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission bei der Vergabe des Themas der Masterarbeit. ⁴Ein zweiter Gutachter oder eine zweite Gutachterin muss bestellt werden, wenn der erste Gutachter oder die erste Gutachterin die Masterarbeit mit „nicht ausreichend“ bewertet hat. ⁵Die Gutachten sollen spätestens zwei Monate nach Eingang der Arbeit vorliegen. ⁶Jeder Gutachter und jede Gutachterin setzt eine der in § 15 Abs. 1 aufgeführten Noten fest. ⁷Bei unterschiedlicher Beurteilung werden die Noten gemittelt und gehen in dieser Form in die Berechnung der Prüfungsnote ein.

(10) Für eine bestandene Masterarbeit werden 20 Leistungspunkte vergeben.

(11) ¹Eine Bewertung der Masterarbeit mit „nicht ausreichend“ teilt der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission dem Kandidaten oder der Kandidatin schriftlich mit. ²Eine Masterarbeit mit demselben Thema kann nicht noch einmal eingereicht werden.

§ 15

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern und Prüferinnen mit folgenden Noten und Prädikaten festgesetzt:

1,0; 1,3	= sehr gut	eine hervorragende Leistung;
1,7; 2,0; 2,3	= gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
2,7; 3,0; 3,3	= befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
3,7; 4,0	= ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
4,3; 4,7; 5,0	= nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(2) ¹Ist eine Prüfung in einem Modul in Prüfungsteile gegliedert, wird die Prüfungsleistung für die einzelnen Prüfungsteile gesondert benotet. ²Die Note des Moduls errechnet sich aus dem Durchschnitt der Noten der Prüfungsteile. ³Die Prüfung in einem Modul ist bestanden, wenn die Note nach Satz 2 mindestens „ausreichend“ (4,0) ist. ⁴Bei der Ermittlung wird eine

Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

⁵Die Note lautet:

bei einem Durchschnitt bis 1,5	= sehr gut;
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5	= gut;
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5	= befriedigend;
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0	= ausreichend;
bei einem Durchschnitt über 4,0	= nicht ausreichend.

(3) ¹Aus den Noten aller Prüfungsmodul und der Note der Masterarbeit wird eine Gesamtnote ermittelt, die sich aus dem Durchschnitt der Einzelnoten errechnet. ²Bei der Ermittlung wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. ³Die Gesamtnote lautet:

bei einem Durchschnitt bis 1,5	= sehr gut;
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5	= gut;
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5	= befriedigend;
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0	= ausreichend;
bei einem Durchschnitt über 4,0	= nicht ausreichend.

§ 16

Bestehen der Prüfung und Prüfungsgesamtnote

(1) Die Prüfung ist bestanden, wenn jedes der Prüfungsmodul und die Masterarbeit mit mindestens 4,0 benotet wurden.

(2) Die Prüfungsgesamtnote errechnet sich nach § 15 Abs. 3.

§ 17

Wiederholung der Prüfung

(1) ¹Der Kandidat oder die Kandidatin kann eine nicht mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Masterarbeit und jedes der von ihm oder ihr im Rahmen des § 5 Abs. 2 gewählten, nicht mit mindestens „ausreichend“ bewertete Prüfungsmodul einmal wiederholen, wobei mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertete Prüfungsteile angerechnet werden. ²Bei der Wiederholung kann das nach § 5 Abs. 2 Nr. 2 Sätze 2 und 3 und Nr. 3 Sätze 1 und 3 in Verbindung mit §§ 24 bis 40 bestehende Wahlrecht hinsichtlich der Prüfungsmodul erneut ausgeübt werden. ³Wird das Wahlrecht nach Satz 2 erneut ausgeübt, erfolgt keine Anrechnung mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewerteter Prüfungsteile. ⁴Die erste Wiederholung muss innerhalb von sechs Monaten nach Mitteilung des Prüfungsergebnisses abgelegt werden, sofern nicht dem Kandidaten oder der Kandidatin wegen besonderer, von ihm oder ihr nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wird. ⁵Die Frist zur Ablegung der Wiederholungsprüfung wird durch Beurlaubung oder Exmatrikulation nicht unterbrochen. ⁶Überschreitet der Kandidat oder die Kandidatin aus Gründen, die er oder sie zu vertreten hat, die Meldefrist zur Wiederholung der Prüfung oder legt er oder sie die Wiederholungsprüfung, zu der er oder sie sich gemeldet hat, nicht ab, gilt die Masterprüfung als endgültig nicht bestanden.

(2) ¹Eine zweite Wiederholung mit „nicht ausreichend“ bewerteter Prüfungsmodulen ist nur zulässig, wenn nach der ersten Wiederholungsprüfung mindestens vier der gemäß § 16 Abs. 1 zum Bestehen der Prüfung notwendigen fünf Module mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden. ²Die zweite Wiederholung hat innerhalb von sechs Monaten nach Mitteilung des Prüfungsergebnisses der Wiederholungsprüfung zu erfolgen. ³Im Übrigen gelten Abs. 1 Sätze 2 und 3 sowie 5 und 6 entsprechend.

(3) Die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist nicht möglich.

§ 18

Besondere Regelungen für Studierende mit Behinderung

(1) ¹Auf die besondere Lage Studierender mit Behinderung ist in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen. ²Insbesondere ist Kandidaten und Kandidatinnen mit Behinderung, wenn die Art der Behinderung es rechtfertigt, eine Verlängerung der Bearbeitungszeit für schriftliche Prüfungsteile um bis zu einem Viertel zu gewähren. ³Macht der oder die Studierende durch ein ärztliches Attest glaubhaft, dass er oder sie wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die schriftliche Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen.

(2) ¹Prüfungsvergünstigungen gemäß Abs. 1 werden nur auf schriftlichen Antrag gewährt. ²Der Antrag ist der Meldung zur Prüfung beizufügen. ³Über den Antrag entscheidet der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission.

§ 19

Ungültigkeit der Prüfung

(1) Täuscht der Kandidat oder die Kandidatin bei einer Prüfung und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann die Prüfungskommission nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat oder die Kandidatin hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Erwirkt der Kandidat oder die Kandidatin die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht, entscheidet die Prüfungskommission unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Dem Kandidaten oder der Kandidatin ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 20**Einsicht in die Prüfungsakten**

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten oder der Kandidatin auf Antrag Einsicht in die schriftlichen Prüfungsarbeiten und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(2) ¹Art. 29 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend. ²Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 21**Zeugnis und Urkunde**

(1) ¹Über das Bestehen der Prüfungsmodule der einzelnen Modulgruppen und der Masterarbeit ist ein Zeugnis auszustellen, das die in den einzelnen Modulgruppen erzielten Noten sowie die Note der Masterarbeit enthält. ²Das Zeugnis ist von dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission zu unterzeichnen. ³Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.

(2) Bei endgültigem Nichtbestehen der Prüfung wird dem oder der Studierenden auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen sowie deren Noten enthält und die erkennen lässt, dass die Masterprüfung nicht bestanden ist.

(3) ¹Neben dem Zeugnis wird eine Urkunde ausgehändigt, die die Gesamtnote der Masterprüfung und das Thema der Masterarbeit enthält und die Verleihung des akademischen Grades „Master of Arts (M.A.)“ gemäß § 2 beurkundet. ²Die Urkunde wird vom Dekan oder der Dekanin der Philosophischen Fakultät und von dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission unterzeichnet und mit dem Universitätssiegel versehen. ³Mit der Aushändigung der Urkunde erhält der Kandidat oder die Kandidatin die Befugnis, den akademischen Grad zu führen. ⁴Der Urkunde wird eine englischsprachige Übersetzung gemäß Art. 66 Abs. 4 BayHSchG (Diploma Supplement) beigelegt.

§ 22**Zusatzqualifikationen**

¹Auf Antrag kann die Prüfungskommission dem Kandidaten oder der Kandidatin gestatten, neben den vorgeschriebenen zusätzliche Prüfungsleistungen in weiteren Prüfungsmodulen zu erbringen. ²Über die erreichten Noten wird ein gesondertes Zeugnis ausgestellt. ³Die Noten werden bei der Festsetzung der Gesamtnote der Masterprüfung nicht miteinbezogen.

II. Abschnitt Besondere Bestimmungen über die einzelnen Modulgruppen

§ 23 Begriffsbestimmungen

In den besonderen Bestimmungen des II. Abschnitts werden folgende Abkürzungen verwendet:

HS	=	Hauptseminar
LP	=	Leistungspunkt
SWS	=	Semesterwochenstunde
Ü		Sprachpraktische Übung
V	=	Vorlesung
WÜ	=	Wissenschaftliche Übung.

§ 23a Modulgruppe A: Grundlagenmodul

Das Prüfungsmodul Interkulturelle Kommunikation und Kulturvergleich ist vollständig zu absolvieren. Es setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
V und WÜ Interkulturelle Kommunikation und Kulturvergleich	4	10
HS Interkulturelle Kommunikation und Kulturvergleich	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	6	20

§ 24 Modulgruppe B: Europäische Module

Der oder die Studierende absolviert drei Module aus der Modulgruppe B.

Fächergruppe I: Kulturwissenschaften

- Anglistik (§ 25)
- Frankoromanistik (§ 26)
- Hispanistik (§ 27)
- Italianistik (§ 28)
- Ostmitteleuropastudien (Literatur und Kultur) (§ 29)

Fächergruppe II: Historisch-soziale und geographische Fächer

- Geschichte (§ 30)
- Soziologie (§ 31)
- Politikwissenschaft (§ 32)
- Geographie (§ 33)
- Kunstgeschichte (§ 34)
- Ostmitteleuropastudien (Geschichte) (§ 35)

§ 25
Anglistik

Das Prüfungsmodul Anglistik setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Englische Literatur-/Kultur-/Sprachwissenschaft	2	10
HS Englische Literatur-/Kultur-/Sprachwissenschaft	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 26
Frankoromanistik

Das Prüfungsmodul Frankoromanistik setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Französische Literatur-/Kultur-/Sprachwissenschaft	2	10
HS Französische Literatur-/Kultur-/Sprachwissenschaft	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 27
Hispanistik

Das Prüfungsmodul Hispanistik setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Spanische Literatur-/Kultur-/Sprachwissenschaft	2	10
HS Spanische Literatur-/Kultur-/Sprachwissenschaft	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 28
Italianistik

Das Prüfungsmodul Italianistik setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Italienische Literatur-/Kultur-/Sprachwissenschaft	2	10
HS Italienische Literatur-/Kultur-/Sprachwissenschaft	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 29
Ostmitteleuropastudien (Literatur und Kultur)

Das Prüfungsmodul Ostmitteleuropastudien setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Ostmitteleuropäische Literatur-/Kulturwissenschaft	2	10
HS Ostmitteleuropäische Literatur-/Kulturwissenschaft	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 30
Geschichte

Das Prüfungsmodul Geschichte setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Geschichte im europäischen Kontext	2	10
HS Geschichte im europäischen Kontext	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 31
Soziologie

Das Prüfungsmodul Soziologie setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Gesellschaften in Europa	2	10
HS Gesellschaften in Europa	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 32
Politikwissenschaft

Das Prüfungsmodul Politikwissenschaft setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Politik im europäischen Kontext	2	10
HS Politik im europäischen Kontext	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 33 Geographie

Das Prüfungsmodul Geographie setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Regionale Geographie	2	10
HS Allgemeine Geographie oder Regionale Geographie	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 34 Kunstgeschichte

Das Prüfungsmodul Kunstgeschichte setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Kunstgeschichte im europäischen Kontext	2	10
HS Kunstgeschichte im europäischen Kontext	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 35 Ostmitteleuropastudien (Geschichte)

Das Prüfungsmodul Ostmitteleuropastudien (Geschichte) setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Geschichte Ostmitteleuropas	2	10
HS Geschichte Ostmitteleuropas	2	10
<hr/>		
Gesamt: 1 Modul	4	20

§ 36
Modulgruppe C: Profilmodule

(1) Aus dem Bereich der Profilmodule ist ein Prüfungsmodul erfolgreich zu absolvieren.

(2) Folgende Profilmodule stehen zur Auswahl:

1. Fremdsprachen (§ 37),
2. Medien in Europa (§ 38),
3. Vertiefung von Kenntnissen in Betriebswirtschaftslehre (§ 39),
4. Vertiefung von Kenntnissen in Informatik (§ 40).

§ 37
Fremdsprachen

(1) ¹Eine der folgenden Sprachen ist zu wählen:

Englisch
Französisch
Italienisch
Polnisch
Portugiesisch
Russisch
Spanisch
Tschechisch.

²Es sind mindestens 18 Leistungspunkte zu erwerben. ³Für die gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 nachzuweisende Fremdsprache werden keine Leistungspunkte anerkannt.

(2) ¹In Englisch ist die Fachsprache Kulturwissenschaft zu wählen. ²In Französisch und Spanisch muss ab der Aufbaustufe zwischen den Fachsprachen Jura, Wirtschaft und Kulturwissenschaft gewählt werden.

(3) Englisch

		SWS	LP
Modul 1	FFA Aufbaustufe 1	4	6
	FFA Aufbaustufe 2	4	6
Modul 2	FFA Hauptstufe 1.1	2	3
	FFA Hauptstufe 1.2	2	3
Modul 3	FFA Hauptstufe 2.1	2	3
	FFA Hauptstufe 2.2	2	3

(4) Andere Sprachen

		SWS	LP
Modul 1	Grundstufe 1.1	4	6
	Grundstufe 1.2	4	6
Modul 2	Grundstufe 2.1	4	6
	Grundstufe 2.2	4	6
Modul 3	FFA Aufbaustufe 1	4	6
	FFA Aufbaustufe 2	4	6
Modul 4	FFA Hauptstufe 1.1	2	3
	FFA Hauptstufe 1.2	2	3
Modul 5	FFA Hauptstufe 2.1	2	3
	FFA Hauptstufe 2.2	2	3

§ 38
Medien in Europa

Das Prüfungsmodul „Medien in Europa“ setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
HS Medien in Europa	2	10
HS Medien in Europa	2	10

Gesamt: 1 Modul

4 20

§ 39

Vertiefung von Kenntnissen in Betriebswirtschaftslehre

Das Prüfungsmodul „Vertiefung von Kenntnissen in Betriebswirtschaftslehre“ setzt sich wie folgt zusammen:

	SWS	LP
V Betriebliche Anwendungssysteme	2	4
V und WÜ Business Process Management	4	5
V und WÜ Strategisches Management	4	5
V und WÜ Internationales Marketing	4	5

Gesamt: 1 Modul	14	19
------------------------	-----------	-----------

§ 40

Vertiefung von Kenntnissen in Informatik

¹Als Prüfungsmodul „Vertiefung von Kenntnissen in Informatik“ sind zwei aus folgenden drei Modulen zu wählen. ²Das gegebenenfalls im Bachelorstudiengang „European Studies“ an der Universität Passau bereits absolvierte Modul kann nicht mehr gewählt werden.

	SWS	LP
1. V + WÜ Einführung in Softwaretechnologien	5	7
Praktikum zur Einführung in Softwaretechnologien	2	3
2. V + WÜ Grundlagen von Informationssystemen	5	7
Praktikum zu Grundlagen von Informationssystemen	2	3
3. V + WÜ Einführung in Internet Computing	5	7
Praktikum Internet Computing	2	3

Gesamt: 2 Module	14	20
-------------------------	-----------	-----------

§ 41
Inkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Studien- und Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „European Studies“ an der Universität Passau vom 20. August 2004 (KWMBI II S. 2450), zuletzt geändert durch Satzung vom 5. September 2006 (vABIUP S. 110), mit den sich aus Abs. 3 ergebenden Einschränkungen außer Kraft.

(3) ¹Auf Studierende, die ihr Studium vor Inkrafttreten dieser Studien- und Prüfungsordnung aufgenommen haben, finden § 6 Abs. 1 Sätze 9 bis 11 keine Anwendung. ²Studierende, die bereits vor Inkrafttreten dieser Studien- und Prüfungsordnung im Master-Studiengang „European Studies“ immatrikuliert waren, können bei der Anmeldung zu den Modulleistungen des § 33 schriftlich erklären, dass für ihr Prüfungsverfahren § 33 der Studien- und Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „European Studies“ an der Universität Passau vom 20. August 2004 (KWMBI II S. 2450), zuletzt geändert durch Satzung vom 5. September 2006 (vABIUP S. 110) weiterhin Anwendung finden soll.

Anlage

**Eignungsverfahren
für den Master-Studiengang „European Studies“
an der Universität Passau****1. Qualifikation für den Masterstudiengang**

Der Master-Studiengang „European Studies“ setzt neben den Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 den Nachweis der Eignung gemäß Nr. 2 nach Maßgabe der folgenden Regelungen voraus.

2. Verfahren zur Feststellung der Eignung

2.1 Das Verfahren zur Feststellung der Eignung wird halbjährlich einmal im Sommersemester für das folgende Wintersemester und einmal im Wintersemester für das folgende Sommersemester durch die Kommission zur Feststellung der Eignung durchgeführt.

2.2 Die Anträge auf Zulassung zum Feststellungsverfahren für das jeweils folgende Sommersemester sind bis zum 15. Januar und für das jeweils folgende Wintersemester bis zum 15. Juli schriftlich an die Studentenzentrale zu stellen (Ausschlussfristen).

2.3 ¹Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein tabellarischer Lebenslauf,
2. die Nachweise gemäß § 3 Abs. 1 Nrn. 1 und 3.

²In begründeten Fällen gewährt die Kommission auf Antrag, dass die Nachweise gemäß Satz 1 Nr. 2 nachgereicht werden können.

3. Kommission zur Feststellung der Eignung

Die Feststellung der Eignung wird von einer Kommission durchgeführt, der die Mitglieder der Prüfungskommission gemäß § 7 Abs. 2 angehören.

4. Zulassung zum Feststellungsverfahren

Die Zulassung zum Feststellungsverfahren setzt voraus, dass die in Ziffer 2.3 genannten Unterlagen fristgerecht und vollständig vorliegen.

5. Umfang und Inhalt des schriftlichen Leistungstests

5.1 ¹Das Feststellungsverfahren besteht aus der Teilnahme an einem unter prüfungsadäquaten Bedingungen durchgeführten schriftlichen Leistungstest, in dem Aufgaben und Fragen zur europäischen Geschichte und Kultur, insbesondere zu europäischen Institutionen, gestellt werden. ²Die Bearbeitungszeit beträgt mindestens 60 und höchstens 90 Minuten. ³Der

Termin und die Dauer sowie nähere Einzelheiten werden mindestens zwei Wochen vor Beginn des Leistungstests durch Aushang bekannt gegeben.

5.2 ¹Der Leistungstest wird von zwei Prüfern oder Prüferinnen aus dem Kreis der prüfungsberechtigten Mitglieder der Universität Passau beurteilt. ²Die Prüfer und Prüferinnen werden von der Kommission bestellt. ³Die Urteile der Prüfer und Prüferinnen lauten „bestanden“ oder „nicht bestanden“.

6. Feststellung und Bekanntgabe des Ergebnisses

6.1 Der Leistungstest ist nur bestanden, wenn die Urteile aller Prüfer und Prüferinnen „bestanden“ lauten.

6.2 ¹Das Ergebnis des Feststellungsverfahrens wird dem Bewerber oder der Bewerberin schriftlich mitgeteilt. ²Ein ablehnender Bescheid ist mit Begründung zu versehen. ³Über den Ablauf des Feststellungsverfahrens ist eine Niederschrift anzufertigen, aus der Tag und Ort der Feststellung, die Namen der Kommissionsmitglieder, die Namen der Bewerber und Bewerberinnen und die Bewertung durch die Prüfer und Prüferinnen sowie das Gesamtergebnis ersichtlich sein müssen.

7. Wiederholung des Verfahrens zur Feststellung der Eignung

¹Bewerber und Bewerberinnen, die den Nachweis der Eignung für den Master-Studiengang „European Studies“ nicht erbracht haben, können sich innerhalb eines Jahres zu einem der folgenden Feststellungsverfahren erneut anmelden. ²In begründeten Ausnahmefällen kann die Kommission eine Anmeldung zu einem späteren Termin gestatten. ³Eine weitere Wiederholung ist nicht möglich.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Universität Passau vom 16. Mai 2007 und der Genehmigung durch den Rektor der Universität Passau vom 5. Juli 2007, Az I/2.I-10.3940/2007.

Passau, den 11. Juli 2007

UNIVERSITÄT PASSAU
Der Rektor

Prof. Dr. Walter Schweitzer

Die Satzung wurde am 11. Juli 2007 in der Hochschule niedergelegt; die Niederlegung wurde am 11. Juli 2007 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gegeben.

Tag der Bekanntmachung ist der 11. Juli 2007.